

Paper
15.03.2018

Monika Köppl-Turyna,
Dénes Kucsera,
Reinhard Neck

Die Schuldenrakete: Warum Österreichs Staatsausgaben immer weiter wachsen und was man dagegen tun kann.

Überblick

- Die Agenda Austria forscht in diesem Paper nach möglichen Gründen für die immer weiter steigenden Ausgaben des österreichischen Staates: Warum verschuldet sich Österreich, und warum wird jedes Jahr noch mehr ausgegeben? Um diese Fragen zu klären, greifen die Autoren auf zwei bekannte Hypothesen zurück – zum einen auf das so genannte Wagnersche Gesetz und zum anderen auf die These der Baumolschen Kostenkrankheit.
- Das Wagnersche Gesetz und die Baumolsche Kostenkrankheit erklären die Ursachen für wachsende Staatsausgaben unterschiedlich. Ginge es nach Wagner, so würden die Ausgaben des Staates deshalb wachsen, weil seine Bürger reicher und anspruchsvoller werden – und der Staat mit Wachstum und höheren Ausgaben auf neue Ansprüche reagiert. Baumol hingegen begründet die höheren Ausgaben mit wachsenden Stückkosten für öffentliche Leistungen. Hierzu müssten die Löhne im öffentlichen Sektor schneller steigen als die erzielte Produktivität, und dieses Missverhältnis müsste außerdem noch gröber ausfallen als in der Privatwirtschaft.
- Unsere Untersuchungen zeigen, dass in Österreich alle Voraussetzungen für eine Bestätigung der Baumolschen Kostenkrankheit erfüllt sind. Tatsächlich wird das Baumolsche Szenario sogar übertroffen: Die Löhne im öffentlichen Sektor steigen hierzulande nicht nur ähnlich stark wie in der freien Wirtschaft, sondern sogar deutlich schneller.

Problem

- Österreich macht weiter Schulden, und die Ausgaben des Staates steigen von Jahr zu Jahr. Das wird zunehmend zum Problem, weil die aktuelle Ausgabenpraxis der öffentlichen Hand die Bürger und vor allem die kommenden Generationen immer stärker belastet. Offenbar macht es auch kaum einen Unterschied, ob die Konjunktur im Land gerade gut ist oder schlecht – es werden immer neue Schulden gemacht statt abgebaut. All das gefährdet unseren Wohlstand und damit unsere Zukunft.

Lösung

- Unser Staatshaushalt braucht eine faire Bestandsaufnahme, die alle Monopole und Quasi-Monopole auf den Prüfstand stellt. Der Föderalismus und damit der fiskalische Wettbewerb muss gestärkt werden. Zudem braucht es eine Schuldenbremse, die diesen Namen auch verdient, eine funktionierende Ausgabenbremse und eine Erhöhung der Produktivität – die Digitalisierung wird dabei von großem Nutzen sein.

Ein Paper der



Zusammenfassung und Highlights

Österreich macht weiter Schulden: Im Jahr 2017 lagen die Ausgaben des Staates inklusive Länder und Gemeinden um 3,7 Milliarden Euro über seinen Einnahmen. Die Ausgaben wachsen und belasten Bürger und die kommende Generation dabei immer stärker. Besonders bedenklich: Es macht kaum mehr einen Unterschied, ob es dem Land konjunkturell gut oder schlecht geht – Schulden gemacht werden immer. Warum das so ist, beschäftigt Steuerzahler, Ökonomen und Politiker gleichermaßen.

Die Agenda Austria hat sich dieser Frage aus ökonomischer Sicht angenommen und greift dabei auf zwei bekannte Hypothesen zurück – zum einen auf das so genannte Wagnersche Gesetz und zum anderen auf die These der Baumolschen Kostenkrankheit. Beide Thesen wurden mit Daten für Österreich seit den 1940er Jahren getestet.

Eine Bestätigung des **Wagnerschen Gesetzes** für Österreich würde bedeuten, dass die Nachfrage der Bürger nach staatlichen Gütern und Dienstleistungen umso stärker steigt, je wohlhabender ein Land ist. Mit anderen Worten: Je reicher eine Volkswirtschaft ist, desto anspruchsvoller sind ihre Bürger – und verlangen deshalb immer mehr vom Staat, sodass dieser immer weiter wachsen und ausgeben muss.

Die Autoren kommen allerdings zu einem anderen Ergebnis. Sie finden in ihrer Untersuchung die zweite Hypothese bestätigt, die **These der Baumolschen Kostenkrankheit**. Diese erklärt das fortwährende Wachstum der Staatsausgaben so: Die Löhne im öffentlichen Sektor steigen ähnlich stark wie in der freien Wirtschaft – ihre Produktivität allerdings nicht. Das wiederum macht die staatlichen Leistungen immer teurer, weil ihre Stückkosten in die Höhe gehen. Tatsächlich wird in Österreich das Baumolsche Szenario sogar übertroffen: Die Löhne im öffentlichen Sektor steigen hierzulande nicht nur ähnlich stark wie in der freien Wirtschaft, sondern sogar deutlich schneller – und die Produktivität hinkt hinterher.

Um Österreich von seiner chronischen Kostenkrankheit zu kurieren, empfiehlt die Agenda Austria folgende Maßnahmen:

– **Eine faire Bestandsaufnahme:** In welchen Bereichen hat der österreichische Staat ein Monopol oder

Quasi-Monopol? Und ist das an dieser konkreten Stelle wirklich sinnvoll? Denn nachhaltige Verbesserungen und eine höhere Effizienz gibt es nur dort, wo man besser sein muss als andere. Dafür braucht es aber Mitbewerber.

– **Die Möglichkeiten der Digitalisierung stärker nutzen** – auch in der öffentlichen Verwaltung und in Bildungseinrichtungen.

– **Den Föderalismus und damit den fiskalischen Wettbewerb stärken:** Wenn lokale und regionale Regierungen ihre Ausgaben vor den steuerzahlenden Bürgern rechtfertigen müssten, würden sie die zur Verfügung stehenden Budgets besser nutzen und weniger Schulden machen. Wiedergewählt würden diejenigen, die durch eine schlankere und effizientere Verwaltung dafür sorgen, dass die Bürger wieder mehr für ihr Steuergeld bekommen.

– **Eine Schuldenbremse einführen, die diesen Namen wirklich verdient:** In der Schweiz ist die Schuldenbremse bereits seit 2003 Teil der Verfassung – Gebietskörperschaften, die gegen das Gesetz verstoßen, müssen unzulässige Schulden in den Folgejahren wieder abbauen. Und auch in Deutschland gibt es seit 2009 eine – offenkundig effektive – Schuldenbremse. Die aktuelle österreichische Schuldenregelung orientiert sich zwar an der deutschen, ist aber nicht – wie in der Schweiz und in Deutschland – in der Verfassung verankert. Auch wenn in Deutschland ein klarer Sanktionsmechanismus im Falle eines Gesetzesverstößes fehlt, so schafft der Verfassungsrang dennoch eine stärkere Bindung der Regierung an das Gesetz. Hierzulande reicht es hingegen aus, gute Vorsätze zu haben. Deshalb funktioniert die Schuldenbremse in der Schweiz und in Deutschland – und die österreichische Variante nicht.

– **Mit der Konjunktur gehen:** Die Schweizer Schuldenbremse behält den Staatshaushalt über einen kompletten Konjunkturzyklus im Blick – und sorgt auf diese Weise dauerhaft für einen ausgeglichenen Haushalt. Bei einem überdurchschnittlich starken Wirtschaftswachstum muss der Bund einen Überschuss erwirtschaften, in Zeiten schwacher Wirtschaftsleistung ist ein klar begrenztes Defizit erlaubt. Insgesamt sollen die Ausgaben unter den Einnahmen bleiben.

– **Ausgaben bremsen:** Zusätzlich zu einer Schuldenbremse wäre außerdem eine Ausgabenbremse ratsam, wie sie beispielsweise in Schweden für einzelne Ministerien gilt. Andernfalls besteht die Gefahr, dass die Regierung auf steigende Ausgaben einfach nur mit einer Erhöhung der Steuern reagiert, um auf diese Weise mehr einzunehmen und so die Verschuldung zu begrenzen. Die Verfassung würde dann zwar eingehalten werden, aber die Steuerlast für Bürger und Unternehmen noch weiter wachsen.

**Baumol oder Wagner:
Wer weiß, warum der österreichische Staat immer mehr ausgibt?**

Um zu klären, warum die österreichischen Staatsausgaben stetig wachsen, überprüft die Agenda Austria anhand der verfügbaren Daten für Österreich seit den 1940er Jahren zwei bekannte Hypothesen – zum einen das so genannte Wagnersche Gesetz und zum anderen die These der Baumolschen Kostenkrankheit.

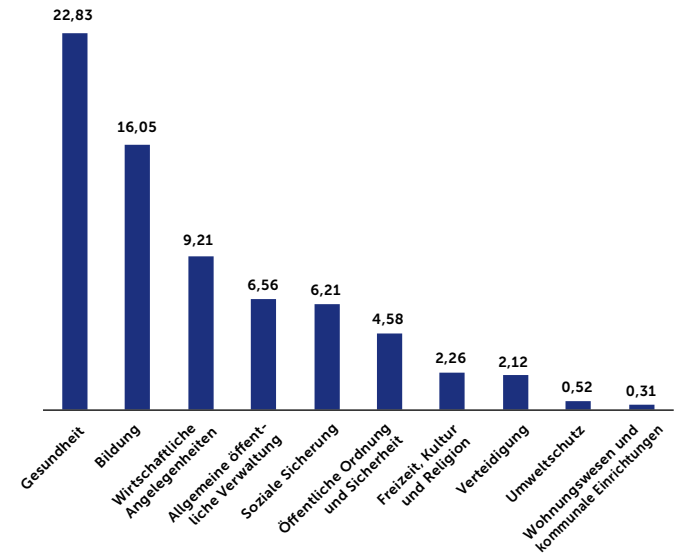
Das Wagnersche Gesetz geht auf den Nationalökonom Adolph Heinrich Gotthilf Wagner zurück, der das „Gesetz der wachsenden Staatsausgaben“ erstmals im Jahr 1863 formulierte. Eine Bestätigung des Wagnerschen Gesetzes für Österreich würde bedeuten, dass die Nachfrage der Bürger nach staatlichen Gütern und Dienstleistern umso stärker steigt, je wohlhabender das Land ist. Mit anderen Worten: Je reicher eine Volkswirtschaft ist, desto anspruchsvoller sind ihre Bürger – und desto mehr verlangen sie von ihrem Staat, sodass dieser immer mehr wachsen und ausgeben muss.

Die Hypothese der Baumolschen Kostenkrankheit hingegen wurde erstmals im Jahr 1966 von den US-amerikanischen Wirtschaftswissenschaftlern William J. Baumol und William G. Bowen veröffentlicht. Sie erklären, dass das Wachstum der Staatsausgaben mit steigenden Löhnen und einer hinterherhinkenden Produktivität zusammenhängt. Auf diese Weise würden staatliche Leistungen immer teurer, weil ihre Stückkosten steigen.

Um zu überprüfen, ob die Hypothese der Baumolschen Kostenkrankheit für Österreich zutreffen könnte, analysieren die Autoren zunächst die gemeinsame Entwicklung des Volkseinkommens, der Preise der öffentlichen Güter und Dienstleistungen sowie des öffentlichen Konsums. Der öffentliche Konsum ist jener Teil der öffentlichen Ausgaben, der aus der direkten

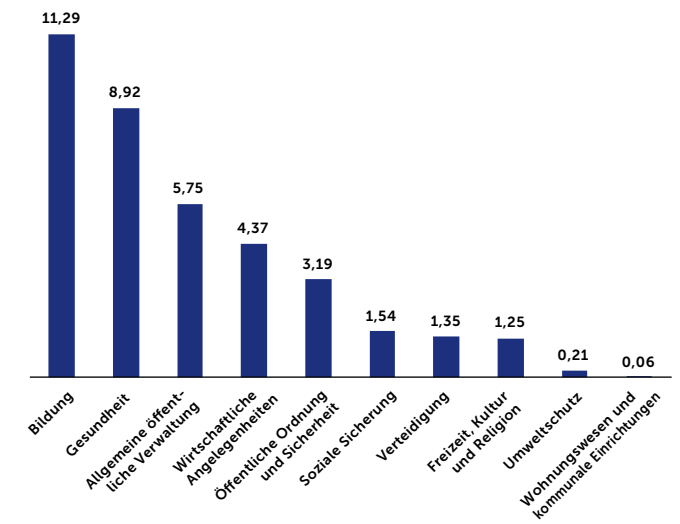
Nachfrage des Staates nach Leistungen und Gütern sowie aus der Lohnsumme des öffentlichen Sektors besteht. Die vier größten Posten sind die Verwaltung, Gesundheit, Bildung und wirtschaftliche Angelegenheiten.

Öffentliche Konsumausgaben – in Mrd. Euro, 2016



Quelle: Eurostat.

Lohnzahlungen im öffentlichen Dienst – in Mrd. Euro, 2016

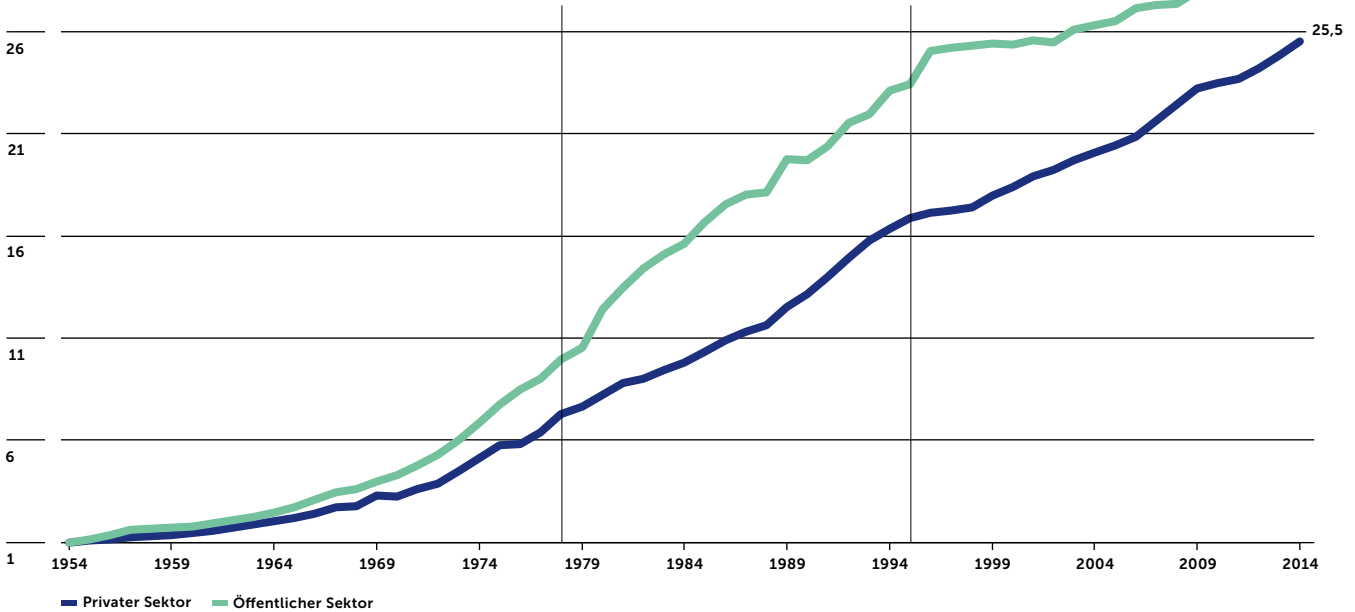


Quelle: Eurostat.

Der Baumol-Hypothese folgend, steigen die Staatsausgaben deshalb immer weiter an, weil die Löhne im öffentlichen Bereich ähnlich stark wachsen wie im privaten Sektor, während die Produktivität des Staates aber hinter jener im privaten Sektor zurückbleibt. Tatsächlich sind die Löhne im öffentlichen Sektor in Österreich seit 1954 sogar schneller gestiegen als im privaten Sektor (siehe Abbildung auf der nächsten Seite).

Entwicklung der Durchschnittslöhne im privaten und im öffentlichen Sektor

– Index (1954=1), aktuelle Preise



Quelle: WIFO Statistische Jahrbücher 1954-1994, Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger, Statistik Austria, eigene Berechnungen.
Anmerkung: Die vertikalen Linien bezeichnen Brüche in der Zeitreihe: Ausschluss der ÖBB von den Statistiken über den öffentlichen Sektor ab dem Jahr 1978 sowie der Wechsel zu den Buchungsregeln des ESGV 95 im Jahr 1995.

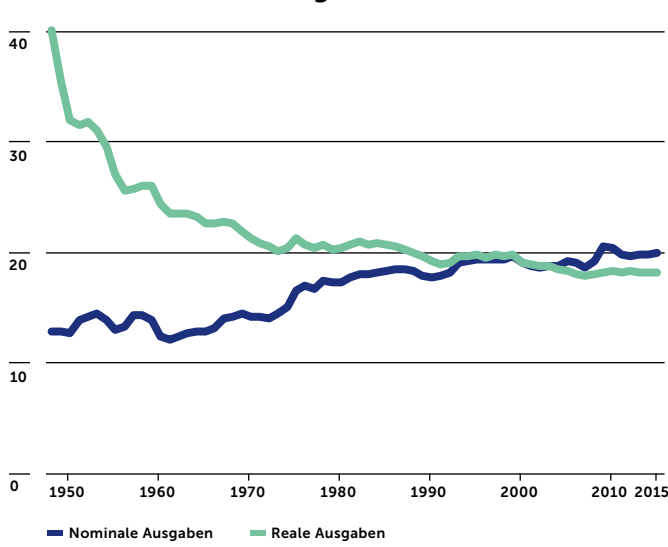
Die Produktivität des öffentlichen Sektors hält indes nicht Schritt mit den steigenden Löhnen. Bereinigt man die staatlichen Konsumausgaben um die gestiegenen Löhne, dann zeigt sich, dass die öffentlichen Ausgaben nominell zwar steigen, die hierfür erbrachten Leistungen aber zurückgehen.

Das folgende Schaubild zeigt anhand der blauen Linie die Entwicklung der nominalen Ausgaben für den öffentlichen Konsum, die minzgrüne Linie stellt die hierfür real erbrachten Leistungen dar.

Wie die Abbildung links unten zeigt, verschlechtert sich das Verhältnis von gezahlten Löhnen und der damit erzielten Produktivität immer weiter: Je näher die blaue und die minzgrüne Linie beieinander liegen, desto teurer werden staatliche Güter und Dienstleistungen.

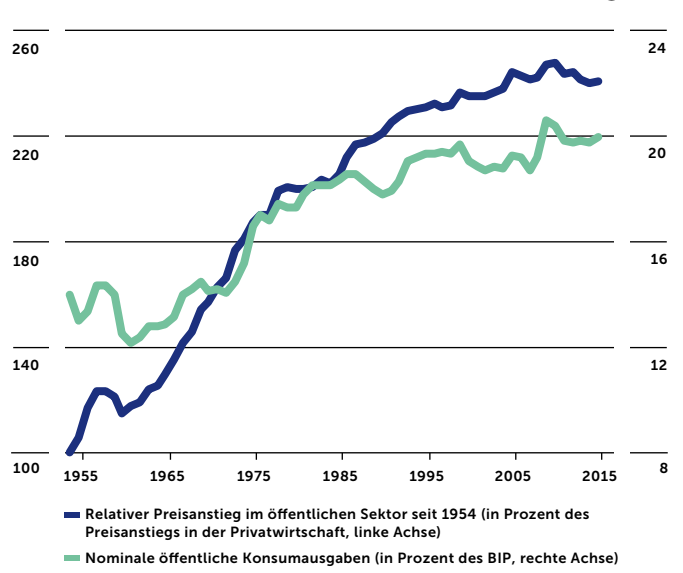
Im nächsten Schaubild zeigt die minzgrüne Linie die Entwicklung des öffentlichen Konsums im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt BIP – es wird deutlich,

Öffentliche Konsumausgaben – in Prozent des BIP



Quelle: OeNB, Statistik Austria, eigene Berechnungen.

Öffentlicher Konsum und relativer Preisanstieg



Quelle: OeNB, Statistik Austria, eigene Berechnungen.

dass die staatlichen Ausgaben über die Zeit hinweg steigen. Die blaue Linie zeigt die Entwicklung der Preisposition des Staates im Verhältnis zu jener der Privatwirtschaft. Wenn wir annehmen, dass im Jahr 1954 die durchschnittlichen Preise für private und öffentliche Güter dieselben waren, so stiegen die Preise für öffentliche Güter bis 2016 fast zweieinhalb Mal so stark an wie jene in der Privatwirtschaft. Je höher dieser relative Preisanstieg ausfällt, desto schlechter – weil teurer – steht der Staat im Vergleich zur Privatwirtschaft da.

Alle Voraussetzungen für die Baumolsche Kostenkrankheit – steigende Löhne und eine Produktivität, die mit dem Lohnzuwachs nicht mithalten kann – sind damit erfüllt: Die Ausgaben des Staates steigen, seine Produktivität hält indes aber nicht Schritt.

Woran liegt's? Preis- und Einkommenselastizität helfen bei der Diagnose

Ergänzend zu dieser Analyse hat die Agenda Austria außerdem ein empirisches Modell verwendet, um die Gründe für das kontinuierliche Ausgabenwachstum zu untersuchen. Mithilfe dieses Modells wird die Wachstumsrate des öffentlichen Sektors geschätzt. Untersucht werden dabei die Auswirkungen der relativen Preise, des Volkseinkommens, der Steuerlast und des Bevölkerungswachstums sowie die Auswirkungen bestimmter politischer Präferenzen – inwiefern sich also die Staatsausgaben in einer SPÖ-geführten Regierung von einer ÖVP-geführten Regierung unterscheiden haben.

Besonders interessant ist dabei die Frage, inwiefern der Staatskonsum von den relativen Preisen sowie vom Volkseinkommen abhängt. Hierzu ermitteln wir die so genannte Einkommens- sowie die Preiselastizität der Nachfrage nach öffentlichen Gütern. Beide eingangs erwähnte Hypothesen, sowohl Baumol als auch Wagner, werden damit getestet: Für die Baumolsche Kostenkrankheit ist der Zusammenhang zwischen Staatskonsum und den relativen Preisen, also die Preiselastizität relevant, für das Wagnersche Gesetz eine vorhandene Abhängigkeit der Staatsausgaben vom Volkseinkommen und damit die Einkommenselastizität.

Die Einkommenselastizität der Nachfrage gibt an, wie stark sich die Nachfrage nach einem bestimmten Gut ändert, wenn sich das verfügbare Einkommen ändert. Die geschätzte Einkommenselastizität der Nachfrage

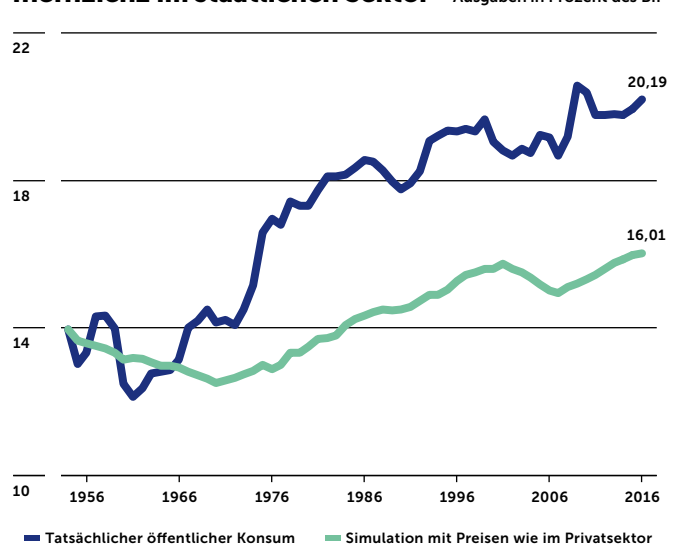
für öffentliche Güter beträgt 0,85. Das bedeutet, dass die Staatsausgaben um 0,85 Prozent steigen, wenn sich das Volkseinkommen um 1 Prozent erhöht.

Um die Wagnersche Hypothese zu bestätigen, müsste die Einkommenselastizität jedoch über 1 liegen, die Nachfrage nach öffentlichen Dienstleistungen also schneller wachsen als das Volkseinkommen: Der Bürger würde weitere öffentliche Ausgaben einfordern, und der Staat daraufhin weiter wachsen, um diesen Forderungen nachzukommen. Läge der Wert genau bei 1, bliebe der Staatssektor konstant. Beides ist mit den für Österreich verfügbaren Daten und einem Ergebnis von 0,85 aber nicht der Fall. **Der zunehmende Wohlstand in Österreich ist daher nicht der Grund dafür, dass der Staat immer weiter wächst.**

Die Preiselastizität der Nachfrage gibt an, wie sehr sich die Nachfrage nach einem bestimmten Gut ändert, wenn sich der dafür zu zahlende Preis verändert. Sie liegt bei -0,22, was bedeutet, dass **die Nachfrage nach öffentlichen Gütern kaum auf steigende Preise reagiert.** Steigt der Preis für öffentliche Güter um 1 Prozent, sinkt die Nachfrage lediglich um 0,22 Prozent.

Die niedrigen Preis- und die Einkommenselastizitäten von unter 1 bedeuten: **Die Staatsausgaben wachsen, weil die Preise für die Bereitstellung der öffentlichen Dienstleistungen und Güter steigen.** Denn die Gesamtausgaben sind das Ergebnis einer einfachen Multiplikation von nachgefragter Menge mal Stückkosten. Wenn die Nachfrage nur schwach auf steigende Preise

Ineffizienz im staatlichen Sektor – Ausgaben in Prozent des BIP



Quelle: OeNB, Statistik Austria, eigene Berechnungen.

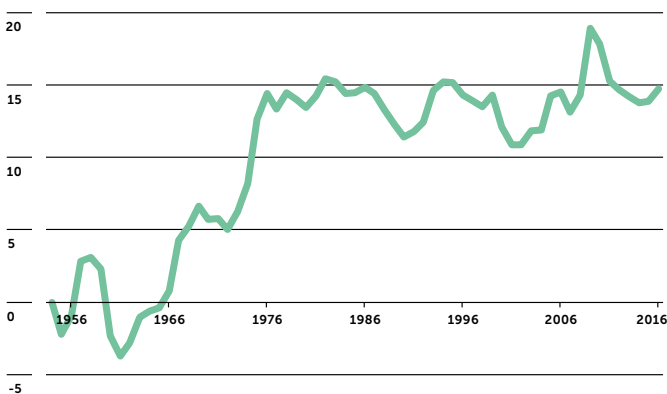
reagiert, also nur wenig zurückgeht, müssen die Gesamtausgaben zwangsläufig steigen.

Mit dem verwendeten Modell kann übrigens auch eine Berechnung durchgeführt werden, die zeigt, wie hoch der öffentliche Konsum heutzutage wäre, wenn die Preise dafür im staatlichen Sektor ebenso stark gestiegen wären wie im Privatsektor (siehe Abbildung auf Seite 5).

Der öffentliche Konsum des Jahres 2016 würde demnach nicht bei 20,19 Prozent gemessen am BIP liegen, sondern bei nur 16,01 Prozent. Die Differenz von 4,18 Prozentpunkten gemessen am BIP im Jahr 2016 entspricht einer Summe von etwa 14,6 Milliarden Euro. Hätten sich Löhne und Produktivität im öffentlichen Sektor also genauso entwickelt wie im privaten, wären den Steuerzahlern allein 2016 Ausgaben in Höhe von 14,6 Milliarden Euro erspart geblieben.

Einsparpotenzial bei den Staatsausgaben

– unter der Annahme, dass die Preise im öffentlichen Sektor ebenso stark wie im privaten Sektor gestiegen wären. Berechnung in den Preisen von 2016. Angaben in Mrd. Euro.



Quelle: OeNB, Statistik Austria, eigene Berechnungen.

Fazit und Handlungsempfehlungen

Baumol hat die Kostenkrankheit anhand eines Streichquartetts erklärt, das eine Beethoven-Sonate spielt: Es braucht heute genauso viele Musiker wie vor 100 Jahren, sie brauchen zum Spielen der Sonate genauso lange wie damals – nur die Kosten sind heute deutlich höher, weil es keine Möglichkeit gibt, ihre Produktivität zu erhöhen. Für viele ist die Kostenkrankheit von Baumol deshalb ein schier unlösbares Problem.

Allerdings findet das Phänomen der Baumolschen Kostenkrankheit auch dort statt, wo die Produktivität durchaus erhöht werden könnte, wenn man nur wollte. Ein Beispiel von vielen ist etwa die Organisation der öffentlichen Bildung. Dank moderner Technologien kann heute ein Universitätsvortrag deutlich mehr Menschen erreichen als vor der Erfindung des Internets. Aber die meisten Universitäten tun noch immer so, als gäbe es keinerlei Möglichkeit, Vorträge in Bild und Ton aufzuzeichnen und digital zur Verfügung zu stellen.

Eine von mehreren rühmlichen Ausnahmen ist die Universität Stanford, die beispielsweise die „Einführung in die künstliche Intelligenz“ als Online-Kurs im Internet angeboten hat: Mehr als 160.000 Menschen rund um den Globus haben sich eingeschrieben, hörten dieselben Vorlesungen wie die Studenten vor Ort, erhielten dieselben Übungsaufgaben und absolvierten dieselben Prüfungen wie die Studenten am Campus. Zum Schluss bestanden 23.000 Studenten die Abschlussprüfung – mehr Menschen, als der Professor in seinem Hörsaal jemals hätte erreichen können.

Ähnliche Initiativen gibt es auch im deutschsprachigen Raum. So startete etwa die Rheinisch-Westfälische Technische Hochschule Aachen (RWTH) Anfang 2016 mit ihrem ersten Massiv Open Online Course, bei dem Online-Vorlesungen unabhängig von Ort und Zeit abgerufen und auf diese Weise alle Interessenten erreicht werden können. Kombiniert mit Prüfungsmodulen werden sie zu vollwertigen Universitätsveranstaltungen.

In solchen Bereichen ist nicht klar, ob das Problem wirklich die Kostenkrankheit ist oder nicht vielmehr der Umstand, dass die Produktivität in Monopolen und Quasi-Monopolen oftmals stagniert, weil diese ohne Druck von außen keinen Grund haben, ihre Abläufe zu verbessern. Das gilt nicht nur für die Hoheitsverwaltung, sondern auch für viele andere Güter und

Dienstleistungen des öffentlichen Bedarfs, die typischerweise vom Staat bereitgestellt werden. Dabei bietet die Digitalisierung auch in der öffentlichen Verwaltung neue Chancen: In einigen OECD-Ländern wurde die digitale Verwaltung bereits weit ausgebaut, Österreich landet hingegen nur im europäischen Mittelfeld. In Estland etwa verbringt die Bevölkerung dank E-Governance deutlich weniger Zeit in Amtsräumen, dort können jährlich mehr als zwei Stunden pro Einwohner an Verwaltungsaufwand eingespart werden. 78 Prozent aller Internetnutzer in Estland haben 2016 die Möglichkeiten der E-Governance genutzt, in Österreich waren es lediglich 38 Prozent.

Um die Baumolsche Kostenkrankheit Österreichs zu bekämpfen, braucht es ein effizienteres föderales System, das in den Ländern und den Gemeinden mehr fiskalischen Wettbewerb ermöglicht und in dem die Regierenden ihre Ausgaben vor den steuerzahlenden Bürgern rechtfertigen müssen. Mehr Transparenz würde vielerorts davor bewahren, dass die Budgets für die öffentliche Verwaltung ausgeweitet und die dort Beschäftigten vor einer Steigerung der Produktivität geschützt werden.

Um die Staatsausgaben unter Kontrolle zu bringen, sollte außerdem eine funktionierende Schuldenbremse nach Schweizer Vorbild eingeführt werden. In der Schweiz ist diese Schuldenbremse Teil der Verfassung – wer die vereinbarten Regeln verletzt, wird dafür bestraft. Die Schuldenbremse in der Schweiz greift deshalb deutlich besser als hierzulande. Zudem haben die Schweizer das Auf und Ab ihrer Konjunktur genauer im Blick: Insgesamt, über einen kompletten Konjunkturzyklus hinweg, dürfen die Ausgaben des Staats nicht über seinen Einnahmen liegen. Die Höhe der jeweils zulässigen Ausgaben, der so genannte Ausgabenplafond, wird durch eine Schätzung der erwarteten Einnahmen und den Konjunkturfaktor errechnet. Bei einem überdurchschnittlich starken Wirtschaftswachstum wird der Ausgabenplafond unter die Einnahmen gesetzt, der Bund muss also einen Überschuss erwirtschaften. Umgekehrt lässt die Formel in Zeiten schwacher Wirtschaftsleistung ein begrenztes Defizit zu, das in der Gesamtbetrachtung eines Konjunkturzyklus durch die erwirtschafteten Überschüsse im Idealfall wieder ausgeglichen wird.

In Schweden hat man zudem gute Erfahrungen mit einer Ausgabenbremse für einzelne Ministerien gemacht. Dieses Modell wäre auch für Österreich rat-

sam, um zu vermeiden, dass eine – in Zukunft vielleicht verfassungsrechtlich abgesicherte – Schuldenbegrenzung allein durch eine weitere Erhöhung der Steuern eingehalten und Ausgaben nicht hinterfragt und reduziert werden.

Mit der Schuldenbremse und der Ausgabenbremse haushalten die Schweizer und die Schweden so, wie man es auch von einem vernünftigen Privathaushalt erwartet: mit Maß, Überblick und einem gesunden Hausverstand.

Anhang: Das Modell im Detail

Die geschätzte Gleichung lautet wie folgt:

$$\dot{g} = (\eta + 1)p + (\delta - 1)y + (\alpha\eta + \alpha - 1)N + \eta t + \delta k + \phi m,$$

wobei:

- Der Punkt über der Variable bedeutet Wachstumsrate
- g ist der Staatskonsum im Verhältnis zum BIP
- p ist der relative Preis der öffentlichen Dienstleistungen im Vergleich mit den privaten
- y ist das Volkseinkommen pro Kopf
- N ist die Bevölkerungsgröße
- t ist der relative Anteil der Ausgaben eines Individuums an den Gesamtausgaben

- k ist das Verhältnis zwischen Median- und Durchschnittseinkommen
- m ist die politische Präferenz

Die geschätzten Parameter sind:

- η – Preiselastizität der Nachfrage nach öffentlichem Konsum
- δ – Einkommenselastizität der Nachfrage nach öffentlichem Konsum
- α – Auswirkung des Bevölkerungswachstums
- ϕ – Auswirkung der politischen Präferenz

Die Tabellen unten zeigen die Zusammenfassung der Berechnungen.

Nicht-lineare Kleinste-Quadrate-Schätzung der Gleichung

Parameter	Schätzung	Standardfehler	t-Stat	p-Wert
α	0.916948	1.39333	0.6581	0.5131
η	-0.221079	0.102897	-2.149	0.0364**
δ	0.854514	0.186917	4.572	3.11e-05***
ϕ	0.0110503	0.00667473	1.656	0.1040

Beobachtungen: 1956-2015; Durbin-Watson-Statistik 2.021808; Angepasstes R^2 0.536815.

Zusätzliche Variablen: Konstante, ΔG_{t-1} und ΔG_{t-2} ; Signifikanz: * 0.1, ** 0.05, *** 0.01

Beiträge der Variablen zum Wachstum des öffentlichen Konsums

Variable	Wert	Durchschn. Wachstum	Absoluter Beitrag	Beitrag als % von \dot{g}
p	0.778921	0.014762	0.011498	164.9%
y	-0.145486	0.034559	-0.005027	-72.1%
N	-0.285769	0.003234	-0.000924	-13.2%
t	0.221079	0.002977	0.000658	9.4%
p + y + N + t			0.004889	89%
m	0.0110503	0.55882	0.0067541	

Impressum

Autoren: Dr. Monika Köppl-Turyna, Dr. Dénes

Kucsera, O.Univ.-Prof. Dr. Reinhard Neck

Herausgeber: Dr. Franz Schellhorn

Redaktion: Diplom-Wirtschaftsjuristin (FH)

Katharina Lotter

Gutachter: PD Dr. Gerhard Reitschuler

Die Berechnungen für die vorliegende Arbeit finden Sie in der englischen Version, die aktuell als Agenda Austria Working Paper veröffentlicht wurde:

Köppl-Turyna, M., Kucsera, D., Neck, R., (2017). Growth of public consumption in Austria: testing Wagner's law and Baumol's cost disease. Agenda Austria Working Paper No. 10

www.agenda-austria.at/working-papers/

Agenda Austria
Türkenstraße 25/1/10
1090 Wien
Austria

T +43 1 361 99 61-0
office@agenda-austria.at

agenda-austria.at